



## Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Ulrich Singer, Christian Klingen, Andreas Winhart, Roland Magerl, Dr. Anne Cyron, Ferdinand Mang, Jan Schiffers** und **Fraktion (AfD)**

### **Corona-Impfpflicht resolut entgegenstellen, gesellschaftliche Spaltung beenden, öffentliches Leben aufrechterhalten**

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass die Maßnahmen der Staatsregierung nicht die erwünschte Wirkung gezeigt haben. Auch die Impfung erzielte nicht die versprochenen Erfolge, denn auch Geimpfte können das Virus weitergeben.
2. Der Landtag verurteilt den Umstand, dass einzelne Branchen, insbesondere der Einzelhandel und die Gastronomie, von der Staatsregierung missbraucht werden, um Druck auf Ungeimpfte auszuüben, obwohl nachweislich im Handel und in der Gastronomie kein erhöhtes Risiko einer Infektion besteht.
3. Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf allen Ebenen dafür einzusetzen, dass keine Impfpflicht gegen COVID-19 erlassen wird.
4. Die Staatsregierung wird aufgefordert, einen indirekten Impfwang und die Diskriminierung von Ungeimpften in allen Bereichen zu beenden.

### **Begründung:**

Eine Corona-Impfpflicht widerspricht dem Wesen der Demokratie. Das Grundgesetz spricht jedem in Art. 2 das Recht auf körperliche Unversehrtheit zu. Wenn jemand den Corona-Impfstoffen misstraut, so ist das sein gutes Recht. Und deshalb ist es richtig, dass sich die Bürger für oder gegen einen solchen Eingriff entscheiden können.

Das Paul-Ehrlich-Institut berichtet in 1 254 Verdachtsfallmeldungen über einen tödlichen Ausgang in unterschiedlichem zeitlichen Abstand zur Corona-Impfung. Die Teilnahme am öffentlichen Leben von einer Impfung abhängig zu machen, widerspricht im höchsten Maße dem Grundgedanken unserer Demokratie und dem GG. Nicht ohne Grund ist dem Grundgesetz in Art. 1 allem anderen die Würde des Menschen vorangestellt. So heißt es dort: Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.